

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Die „Sächsische Elbzeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.
Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— M., monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Pf.
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Befreiung).
Einzeln Nummern 12 Pf.
Alle Kaiserl. Postanstalten,
Postboten, sowie die
Belastungsträger nehmen stets
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alina Hieke. — Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Wirkung, sind Montag,
Mittwoch und Freitag bis
spätestens vormittags 9 Uhr
aufzugeben. Ortspreis für
die 5 gespalt. Zeilen 10 Pf.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pf. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Eingeladener“ und „Reklame“
60 Pf. die Zeile.
Bei Wiederholungen ent-
sprechender Nachl. ab.
Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs. Böhme. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rüchholung der Bezugspreise.

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsführer Hausenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Haufenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Morke; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 151 Bad Schandau, Dienstag, den 17. Dezember 1918 62. Jahrgang.

Sammlung von Queckenwurzeln.

W. M. H. Es besteht Veranlassung, nochmals zur Sammlung von Queckenwurzeln aufzufordern, welche ein sehr wertvolles Ersatzfüttermittel abgeben. Mit der Sammlung von Quecken ist die Firma Max Wehner in Pirna, Reitsbahnstraße, beauftragt worden. Alle im hiesigen Bezirk gesammelten Vorräte sind deshalb dieser zum Verkauf anzubieten und an sie zur Ablieferung zu bringen. Der Preis für den Zentner Rohquecken, die nicht mehr als 20 % Erde und andere Beimischungen enthalten sollen, beträgt 3 Mark.

Pirna, am 6. Dezember 1918.

Der Bezirksverband.

Berkehr mit Vollmilch.

1854 K. M. H. Da die Milchzeugung gegenwärtig erheblich zurückgegangen ist, so daß eine Anzahl Vollmilch-Bezugsberechtigter keine Vollmilch erhalten können, wird hiermit unter Abänderung der Bestimmung in § 2 Absatz 4 unter a und b der Bekanntmachung des Vorstandes des Bezirksverbandes vom 7. Dezember 1917 — Sächsische Elbzeitung Nr. 150 — mit Wirkung vom 24. Dezember 1918 ab, angeordnet, daß Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden, und stillende Frauen auf jeden Säugling bis auf weiteres Vollmilchkarten für den Bezug von nur noch $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch täglich (anstatt bisher 1 Liter) erhalten dürfen.

Pirna, am 10. Dezember 1918.

Der Vorstand des Bezirksverbandes.

Rohlenversorgung betr.

Es können beliefert werden:
Die Abschnitte 6 der Bezirkskohlengrundkarte mit je 1 Ztr., sowie 7 und 8 der grünen Zusatzkarte mit je $\frac{1}{2}$ Ztr. Braunkohle.
Die Ausgabe findet im Autoschuppen des Kurhauses (Neupark) statt, und zwar

Dienstag, den 17. des. Mts.,
vormittags von 8—12 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 1—100,
nachmittags von 1—4 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 101—200
und

Mittwoch, den 18. des. Mts.,
vormittags von 8—12 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 201—264.

Schandau, am 16. Dezember 1918. Der Stadtrat.

Aus Stadt und Land.

— Alle Deutsch-Oesterreicher aus Schandau und Umgegend werden durch eine Anzeige in heutiger Nummer zu einer Versammlung im „Lindenhof“ am Mittwoch eingeladen. Wir empfehlen allen Infragekommenden, diese Versammlung zu besuchen, denn es handelt sich um Wahlinteressen, die auch ganz besonders für die Deutsch-Oesterreicher von weittragender Bedeutung sind.

— Am Mittwoch findet in „Stadt Zittau“ eine Versammlung zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins statt. (S. Anz.)

— Weitere Zugbeschränkungen vom 17. Dezember an. Der von Schandau bisher früh 5.57, sowie der 10.11 und abends 7.43 nach Dresden verkehrende Zug fällt aus (der 7.43 Zug fährt nur von Pirna ab); der von Dresden früh 9.20 (in Schandau 10.14) verkehrt nicht mehr, während der abends 6.45 ab Dresden (in Schandau 8.28) fahrende Zug nur bis Pirna verkehrt. Von Sebnitz fährt der Zug 9.35 früh (in Schandau 10.07) und nach Sebnitz der Vormittagszug ab Schandau 10.32 nicht mehr. Der von Bodenbach bisher früh 5.58 hier ankommene Zug läuft erst 6.20 ein und endet hier, derjenige, der 10.07 in Bodenbach abfuhr, ist ebenfalls weggefallen. — Diese Verkehrseinschränkung ist diesmal von besonders einschneidender Schärfe, man muß sich höchstens damit trösten, daß die unbedingte Notwendigkeit vorhanden ist, denn sonst würde die Eisenbahndirektion nicht zu einem solch harten Eingriff gekommen sein. Durch die erdrückenden Waffenstillstandsbedingungen, durch welche wir gezwungen sind, die besten und nur gebrauchsfähige Lokomotiven abzugeben, ist diese Maßnahme bedingt, außerdem muß man bedenken, daß die übrig bleibenden Lokomotiven alle reparaturbedürftig sind. Ratiani ist es, das Reisen auf das Allernotwendigste zu beschränken, da der Andrang an und für sich schon stark werden wird. Dadurch, daß der Frühzug (5.57) wegfällt, wird hauptsächlich die Arbeiterschaft empfindlich getroffen werden. Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahme so bald wie möglich wieder aufgehoben werden kann (wir werden

Lichtmarke 8

Lebensmittel betr.

Dienstag, den 17. Dezember:

Nährmittel — auf Kundenliste. — beliefert wird Abschnitt III der Nährmittelkarte A mit 1 Pfund Kindergerstenmehl, und $\frac{1}{4}$ Pfund Suppen,
B „ je $\frac{1}{4}$ „ „ „ „
C „ je $\frac{1}{4}$ „ Suppen,
D „ je $\frac{1}{4}$ „ Kindergerstenmehl,
Preise für Kindergerstenmehl das Pfund 80 Pf., Suppen das Pfund 94 Pf.

Mittwoch, den 18. Dezember:

Marmelade — in allen Geschäften, auch bei Richter und Hofmann, auf Lebensmittelmarke Nr. 12 1 Pfund, Preis 1 Mark das Pfund.
Eier — nicht zum Rohessen geeignet — bei Werner — auf Lebensmittelmarke Nr. 13 und gültige Eiermarke 1 Stück, Preis 55 Pf. das Stück.
Ausgabe vorm. 9—12 Uhr für die Häuser Nr. 1—150,
nachm. 2—4 „ „ „ 151—264.

Die Kaufleute werden darauf aufmerksam gemacht, daß die abgelieferten Marken-Nummern stets derart vollständig abgeschnitten sein müssen, daß die Nummer noch in der Mitte der Marke steht, Marken mit der Nummer am Rande werden zurückgewiesen und diejenigen Kaufleute, welche solche Marken ablesen und ihr Personal daraufhin nicht genügend beaufsichtigen, werden von der ferneren Zuteilung von Waren ausgeschlossen. Ferner werden alle Personen, die bei der letzten Zuckerhönig-Ausgabe auf Nr. 3 der Lebensmittelkarte keine Ware erhalten könnten, ersucht, sich wegen Nachlieferung bei Herrn Klemm zu melden.

Schandau, den 16. Dezember 1918. Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Die Stadtparkasse Pirna

verzinst die Einlagen bei Gewährung von Tageszinsen mit $3\frac{1}{2}\%$.

Geschäftszeit: 8—12 und 2—4 Uhr.
Sonnabends ununterbrochen 8—1 Uhr.

wohl bis zum Friedensabschluss warten müssen!), denn wir hier in Schandau und Umgegend sind durch sie geradezu dorthin verfehrt worden, wo „die Fische zu einander gute Nacht sagen“. Ob ein Einspruch der verschiedenen Stadt- bzw. Gemeindebehörden eine Milderung herbeiführen könnte, wäre auf jeden Fall in Erwägung zu ziehen.

— Der Zauberer Murex gab am Sonnabend hier in Hegenbarth's Sälen sein zweites Gastspiel. Diesmal brachte er außer seiner Frau noch die Prinz Kolibri-Truppe, bestehend aus Vater und zwei kleinen Mädchen, mit, einer Akrobatenfamilie, die wirklich das Ansehen wert ist. Exakt „arbeitete“ sie: der muskulöse Vater — der sich auch als Entfesselungskünstler zeigte — „jongliert“ mit Sicherheit seine Mädchen, welche in Straffheit und Gewandtheit anmutig wirken. Daß ihnen reichlicher Beifall dargebracht wurde, versteht sich von selbst. Der bestens bekannte Zauberer Ming-Murex führte außer einigen bereits gesehenen „Tricks“ verschiedenes Neues vor, sodaß die Stunden wirklich angenehme Unterhaltung boten. Und wenn er wiederkommt, sei ihm ein volleres Haus besichert als diesmal.

— „Meine einzige Passion ist mein Leopold, mein Sohn“ — vielen ist der Refrain des reich gewordenen Schuhmeisters Weigelt, der sich aus übergroßer Zärtlichkeit für seinen Sohn rühmt, bekannt, aber nicht jeder kennt das Stück, aus dem dieser Refrain stammt. „Mein Leopold“ ist in der Tat eins der besten Volksstücke, die je geschrieben worden sind, und man wird dem Theater der Feldgrauen Dank wissen, das es dieses Stück in seinen Spielplan aufgenommen hat. „Mein Leopold“ wird am Sonnabend, dem 21. d. Mts., in Hegenbarth's Hotel von den Feldgrauen aufgeführt werden. Daß es gut aufgeführt wird, ist nachdem was wir bisher von diesem Ensemble gesehen haben, wohl selbstverständlich.

Königsstein. Am gestrigen Sonntage fand im „Deutschen Hause“ eine Kinderaufführung statt, die sehr stark besucht war. Geboten wurden stimmungsvolle Kinderchöre, kleine Szenen, die im Dresdner Jugendbank gespielt worden

wären, Reigen und turnerische Übungen. Der Rein-ertrag fließt der Unterstützungskasse für Verwundete in Dresden zu.

Pirna, 14. Dez. Hier wurde der Reichstagsabgeordnete Otto Nöhle, der Führer der sächsischen Spartakusleute, verhaftet. Allem Anschein nach ist diese Verhaftung durch Frontsoldaten erfolgt. Da ihm jedoch nichts nachgewiesen werden konnte, würde er wieder freigelassen.

o **Erhebliche Unruhen in Dresden** wurden verursacht durch eine Anzahl von Spartakusleuten, die nachts mit Gewölde über die Straßen zogen, in privaten und öffentlichen Gebäuden Fensterscheiben einwarfen, eine Militärpatrouille überfielen und ihr die Gewehre abnahmen. An anderer Stelle wurde scharfe Munition geraubt.

o **Das schwere Eisenbahnunglück auf der Strecke Hof-Plauen** ist wahrscheinlich infolge des Reißens einer Kuppelung entstanden. Der Zug war mit Mannschaften der 11. Armee und der 8. Reserve-Division, die ihren Standort in Brandenburg und Allenstein haben, besetzt. Sieben Wagen des Zuges sind zertrümmert, davon fünf in- und übereinander geschoben. Alsbalb wurden zwölf tote, darunter zwei Offiziere, neun Schwerverletzte und viele Leichtverletzte geborgen.

Kitza. Verhaftet wurde ein höherer Beamter des hiesigen Proviantamtes; man hatte in seiner Wohnung neben anderen Lebensmitteln 75 kg Weizenmehl und 30—40 kg Graupen gefunden, die zweifellos aus dem Proviantamt stammen.

— Teischchen und Bodenbach von den Tschechen besetzt. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ mitteilt, sind die beiden Städte Teischchen und Bodenbach von den tschechischen Truppen besetzt worden. Die Befestigung von Reichenberg durch tschechische Truppen wird erwartet.

— Die Grenzstadt Grottau von den Tschechen besetzt. Die deutsch-böhmische Grenzstadt Grottau ist von den Tschechoslowaken besetzt worden. Hauptächlich wurde der Bahnhof mit einer tschechischen Truppenabteilung besetzt. Die Fernsprecherleitung zwischen Grottau und Zittau ist gesperrt. Die aus Reichenberg gestrichelte deutsch-böhmische Landesregierung, hat sich nur wenige Stunden in Zittau aufgehalten und ist am gleichen Tage nach Deutsch-Oesterreich weitergereist.

Waffenstillstand bis 17. Januar.

Seine Bedeutung und die Folgen.

Frier, 14. Dezember.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 17. Januar, im Falle der Zustimmung der alliierten Regierungen auf unbestimmte Zeit bis zum Präliminarfrieden, war eine von beiden Seiten als notwendig erkannte Maßnahme. Da Deutschland seine Armee demobilisiert, zu einem guten Teil damit schon fertig ist, lag seine Veranlassung zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vor.

Trotzdem hat Marshall Foch für sich noch Vorteile herausgeschlagen, denn das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden. Falls die Besetzung tatsächlich erfolgen sollte, ist sie von weittragenden Folgen für uns, denn gerade in diesem Teil der Zone befindet sich eine gewaltige und für unseren Bedarf unbedingt benötigte Industrie, von der wir bei dem rückwärtslosen, sich an keinen Vertrag bindenden Vorgehen der Franzosen unweigerlich abgeschnitten wären. In dem Vertrage ernennt man leider eine bestimmt umrissene Bestimmung, die einen ungehinderten Verkehr sicherstellt.

Einzig erfreulich ist die bei den Verhandlungen von dem amerikanischen Nahrungsmittelkontrollleur Hoover gemachte Mitteilung, daß es nun mit der Lebensmittelfuhr nach Deutschland anscheinend ernst werden soll, zu welchem Zweck wir die in unseren Häfen liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter der Kontrolle der Alliierten zur Verfügung stellen müssen. Die Schiffe bleiben deutsches Eigentum und fahren mit deutscher Besatzung. Dessenfalls dürfen die Schiffe zu dem genannten Zweck bald auslaufen. Unsere Not wächst von Tag zu Tag und bis zu ihrer Rückkehr werden noch viele Wochen vergehen. Damit, daß Transport und Verteilung der Lebensmittel von London kontrolliert werden, muß man sich abfinden. Das Guttrauen der Entente zu unseren inneren Zuständen ist eben kein großes.

Die Entente erkennt die USR nicht an!

Der USR in Kreuznach hat in Erier angefragt, ob für die vom Feinde besetzten Gebiete ungehinderte Ausreise- und Rückkehrmöglichkeiten der Delegierten gewährleistet wird, die zu der Berliner Tagung der USR entsandt werden sollen. Diese Frage wurde von der Deutschen Waffenstillstandskommission pflichtgemäß an die Oberste Seeresstellung der Alliierten weitergegeben. Marshall Foch hat darauf die lakonische Antwort erteilt: „Die alliierten Mächte erkennen die USR nicht an.“

Entwaffnung.

Die Garde-Schützen haben als erste aus dem Felde helmgekehrte geschlossene Division von der Regierung die Entwaffnung derselben gefordert, die sich unermesslich in Waffenbesitz gesetzt haben. Andere Feldtruppen werden diesen Gedanken aufnehmen, und es ist voraussehen, daß ein Sturm von Petitionen auf die Reichsleitung eindringen wird, bis sie in dieser Sache — so oder so — etwas Entscheidendes getan hat. Mit bloßen Worten, mit papierernen Anweisungen will man sie in diesem Falle nicht davonkommen lassen. Es handelt sich um die Unschädlichmachung des Feindes, der sich in unserer Mitte erhoben hat und das arme deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen läßt; um dieselben Leute, die den heimkehrenden Brüdern von der Front nicht früh und nicht schnell genug die Waffen abnehmen können, die aber ihrerseits dafür gesorgt haben, daß sie selbst genügend Machtmittel in die Hand bekommen, um durchzusetzen, was sie für richtig hielten. Um die Beseitigung des unerträglich gewordenen Zustandes, daß diejenigen, die jetzt befehlen und befohlen sollen, geradezu verhöhnt werden von den anderen, die zu gehorchen haben, weil nicht sie, sondern diese sich im Waffenbesitz befinden. Das ist die verkehrte Welt. Nicht die schönste Revolution der Erde kann mit einer solchen Ordnung der Dinge länger als für ein paar Atemzüge bestehen.

Aber allerdings: es ist nicht die einzige Verkehrtheit unserer Tage. Auch die Waffe der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern wird zu Zwecken mißbraucht, für die sie eigentlich nicht bestimmt ist. Verhaftungen werden vorgenommen auf bloße Denunziationen niederträchtiger Subjekte hin, die glauben, ihre gemeinen Rachegefühle jetzt mühelos befriedigen zu können, und die Regierungsstellen, die wahrlich gar nicht genug positive Arbeit leisten müßten, um uns besseren Zeiten entgegenzuführen zu können, haben unendlich viel Mühe und Anstrengungen aller Art aufzuwenden, um auch nur das grösste Unrecht wieder gutzumachen. Und ferner manche Arbeiter und Angestellte scheinen zu glauben, daß jetzt das goldene Zeitalter für sie gekommen sei. Sie haben Sitz und Stimme in den Betriebs- und Geschäftsleitungen errungen, natürlich damit ihre Forderungen wirksamer als bisher an entscheidender Stelle vertreten werden können, doch aber auch aus dem Grunde, damit ihre Vertrauensmänner durch unmittelbaren Einblick in die Gesamtlage ihrer Unternehmungen auch ein zutreffendes Urteil über die Grenzen des Möglichen gewinnen und danach das Verhalten ihrer Auftraggeber maßgebend beeinflussen können. In vielen Fällen wird wohl auch in diesem Sinne gearbeitet. Aber nicht überall. Jeder Tag bringt neue Beweise für die Ungemessenheit der Forderungen, mit denen gegen Arbeitgeber und Geschäftsinhaber vorgegangen wird, für die Kurzsichtigkeit auf der anderen Seite. Da ständen sich die Inhaber der großen Siemenswerke in die Öffentlichkeit und weisen nach, daß von ihnen jetzt, trotz reichlicher Aufwendungen für Kriegsfürsorge und Teuerungszulagen, eine Mehrausgabe von 120 Millionen das Jahr für die Arbeiter und Angestellten verlangt wird. Und das grösste aller Berliner Warenhäuser muß seine Verkaufsräume schließen, weil die nach Tausenden zählenden Angestellten Strafmaßnahmen veranlassen, um ihre Forderungen durchzusetzen, die ihnen schließlich auch fast ohne Einschränkung gewährt werden.

Nun tritt am 16. Dezember der Zentralkomitee der USR in Berlin zusammen. Wird es ihm vielleicht gelingen, für den Gedanken der Entwaffnung in Stadt und Land zu werben, wird er der Regierung Ebert-Gaase auf diesem wichtigsten Gebiete zu Hilfe kommen? In erster Linie soll er allerdings über die Nationalversammlung Beschlüsse fassen und den Wahltermin festsetzen. Aber schon der Geist, von dem er sich dabei leiten lassen wird, kann Wunder wirken, wenn — ja, wenn er von der Erkenntnis

der bitteren Notwendigkeiten unserer Lage erfüllt sein wird. Die Unabhängigen schmeicheln sich nicht mit der Hoffnung, daß sie etwa an dieser Stelle die Mehrheit gewinnen könnten; Herr Ledebour hat das soeben vor seinen Anhängern ganz offen ausgesprochen. Aber deswegen denken sie nicht im entferntesten daran, der Mehrheit nun etwa das Feld zu überlassen. Sie sind und bleiben Gegner der Nationalversammlung und werden danach ihre ganze Kampfweise einrichten. Also selbst wenn es verübt werden und auch gefangen sollte, die Gegner der Regierung, wie die Garde-Schützen es fordern, zu entwaffnen, bliebe immer noch die Frage der geistigen, der politischen Waffen, ungeklärt und ungelöst. Und wohl auch unlösbar. Hier ist der munde Punkt des neuen Systems. Darüber darf niemand sich einer Täuschung hingeben.

Abbau des Bolschewismus.

n. Kiew, Mitte Dezember.

Während man in Deutschland sich allgemein rüftet, um der immer drohenden Gefahr des Bolschewismus zu begegnen, beginnen in seinem Ursprungsland, in Rußland, die Leiter der Bewegung, die das ehemalige Zarenreich in namenloses Elend gestürzt und Tausende von Menschenleben zum Opfer gefordert hat, langsam mit seinem Abbau. Das mag unglaublich klingen — und doch ist es Tatsache. Alle ukrainischen Zeitungen, die mit Moskau und Petersburg direkte Beziehungen unterhalten, alle Reisenden, die aus Groß-Rußland kommen, berichten übereinstimmend, daß dort die Welle des Bolschewismus abzuebben beginnt.

Man kann nicht sagen, daß der Bolschewismus, wie vielfach vermutet wurde, an seinen politischen und sozialen Untaten allein zugrunde gegangen sei. Eine solche Entwicklung hätte wohl längerer Zeit bedurft. Der äußere Anstoß für das Einlenken des fanatischen Theoretikers Lenin war der Annäherung der Entente, der das Bürgertum aus seiner Verunsicherung sich und den Nachtigallern von heute die Lehre erteilte, daß ihre Predigt vom „Land ohne Meer“ nicht für die Wirklichkeit geschaffen sei. Um den Einsall abzuwehren, wurde anfangs in aller Eile, dann ganz systematisch die Rote Armee gebildet, die im wesentlichen unter dem Kommando von ehemals kaiserlichen Offizieren steht. Um für Offiziersnachwuchs zu sorgen, wurden auch die für geschlossenen gehaltenen Kadettenanstalten wieder geöffnet. Kurz, das bolschewistische Rußland, das den Militarismus in jeder Form verdammt und sich gegen jedes stehende Heer erklärte, verfiel jetzt über eine achtunggebietende Armee, die sich schenken darf. Mit der Schaffung der Armee war der erste Schritt zum Abbau des Bolschewismus getan.

Weit augensichtlicher aber wird das Einlenken der Trozki und Lenin auf wirtschaftlichem Gebiete. Bekanntlich war unmittelbar nach Errichtung der bolschewistischen Regierung die Annullierung aller Anleihen verkündet worden. Aber das Ausland nahm den Streich nicht ruhig hin. Mäanderei wirtschaftliche Gegenmaßnahmen, vor allem der Abbruch aller Handelsbeziehungen zwangen jetzt die Moskauer Regierung ihre Maßnahmen rückgängig zu machen. Zugleich mit der Annullierung der Anleihen war Lenins durchgreifendes Agrarprogramm veröffentlicht worden, das die Enteignung allen Grundbesitzes verkündete. Die Landarbeiter sollten künftig Angestellte des Staates sein. Aber die Bauernschaft leistete aktiv und passiv der Durchführung entschlossenen Widerstand und bestand auf der Aufteilung. Auch hier scheiterte das Regierungsprogramm an der Macht der Tatsache, denn die Aufteilung ließ sich aus geographischen und technischen Gründen nicht durchführen, und dort, wo die Bauern das Land sich einfach angeeignet haben, waren bald anarchische Zustände die Folge.

Endlich aber ist auch Lenins Versuch, die Sozialreform durch Gleichmachung des Einkommens herbeizuführen, an ihrer inneren Unmöglichkeit gescheitert. Die Vorschrift, daß alle arbeitenden Schichten das gleiche Einkommen hatten, die also jeden Wettbewerb ausschaltete, führte zu einem vollständigen Stillstand des ganzen Wirtschaftsapparates. Hand in Hand ging damit die Abschaffung der Akkordarbeit. Beide Faktoren zusammen haben den Wiederaufbau der Industrie in Nordrußland außerordentlich schwierig gemacht. Die Räterregierung mußte schließlich auch diese Verordnungen zurückziehen. Daß damit ihr Ansehen im weiten Kreise schwand, ist erklärlich. Und so ist sie denn in den letzten Wochen zu dem Entschluß gekommen, Beziehungen mit den Menschewisten und den Sozialrevolutionären anzuknüpfen, die sie einst so heftig bekämpfte und mit dem schrecklichsten Terrorismus verfolgte.

Wenn naturgemäß damit auch der Bolschewismus in Rußland auch noch nicht gestürzt ist, so ist seine Weiterentwicklung doch sicher in Frage gestellt. Der Versuch, die Theorien einiger Feuerköpfe in die Praxis zu überführen, ist gescheitert, und Rußland muß nun, aus tausend Wunden blutend, aus dem Trümmerhaufen sein staatliches Leben neu aufbauen.

Der Kampf um den Reichstag.

Die Gründe und Absichten Fehrenbachs.

Berlin, 14. Dezember.

In einer an die Reichsleitung gerichteten Kundgebung nimmt Reichspräsident Fehrenbach Veranlassung, seine Beweggründe näher auseinanderzusetzen. Er erklärt:

1. Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwertgeboten zu sprechen, die ich der Regierung machen wolle. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung der Voraussetzungen für den baldigen Abschluß eines Vorfriedens.

2. Voraussetzung meiner tatsächlichen Berufung des Reichstages durch Bestimmung von Ort und Zeit ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die jetzigen Gewalten in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt werden. Diesen Zeitpunkt (des Eingreifens des Feindes) wollte ich aus einer einleuchtenden Erwägung heraus nicht abwarten. Ich durfte es auch nicht angeht, der ungezählten Zuschriften, die die Berufung des Reichstages forderten und namentlich angeht der Reichsarmee aus Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Entente erst durch mich auf den Gedanken kommen konnte, es fehle an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorausgehenden Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt.

3. Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantworte ich mit ruhigem Gewissen.

Endlich erklärt Fehrenbach noch, daß Ebert von ihm über alles unterrichtet worden sei, und er warte jetzt das pflichtgemäße Handeln der Regierung ab, wenn sich die Voraussetzung seiner Kundgebung erfülle.

Die Frontsoldaten für die Regierung.

Beachtenswert Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 14. Dezember.

Die Delegierten der Frontsoldaten hatten sich heute im Circus Busch versammelt, um über die augenblicklichen Erfordernisse zu verhandeln. Das Resultat der Beratungen war ein offenes Bekenntnis für die Regierung und gegen alle und jede Schreckensherrschaft. Ein Redner betonte, Liebknecht gehöre in eine Heilanstalt. Alle Zivilisten und nicht zum Waffentragen berechtigten Soldaten müßten sofort entwaffnet werden. Am Montag den 16. Dezember, dem Tage der Versammlung der deutschen USR, müßte alle vollziehende Gewalt der Regierung allein übertragen werden. Wir hatten bis jetzt nur eine reine Diktatur des Berliner Volkstages. Kamerad Bismarck prägte das Wort: „Ich verlaße den Reichstag nicht eher, als bis die Wahlen zur Nationalversammlung für den 2. Januar angenommen sind.“

Es wurde eine Entschließung angenommen, die sich ernstlich für Ordnung und Einheit des Reiches ausspricht und erklärt, keine neuen Eingriffe in die Gewalt der Volksbeauftragten dulden zu wollen. Jeder Terrorismus müsse niedergebunden werden, ebenso jeder Versuch, das alte Regime wieder aufzurichten. Die Einberufung der Nationalversammlung sei zu beschleunigen.

Liebknechts Programm.

Siele und Zwecke des Spartakusbundes.

Berlin, 14. Dezember.

Die unter der Führerschaft Karl Liebknechts stehende radikalste Gruppe der Unabhängigen Sozialisten, die in Berlin ihren Stützpunkt hat und darüber hinaus nur noch in einigen Großstädten und Industriezentren eine gewisse Anhängerzahl besitzt, tritt soeben mit einer ausführlichen Zusammenstellung ihrer Ziele hervor. Die Gruppe fand bisher offenbar mehr infolge der Duldsamkeit der öffentlichen Gewalt ein so reiches Feld für ihren Betätigungsdrang als durch die Zahl ihrer Zünger oder die Kraft ihrer Gründe. Diese Duldsamkeit wird erklärlich durch die Teilnahme der Unabhängigen Sozialisten an der Regierung. Diese mit dem Regierungsmantel umkleideten Haupt der Unabhängigen vermochten es noch nicht, die heimliche Liebe zu den unbotmäßigen Kindern, den sogenannten Spartakiden oder Spartakisten ganz zu unterdrücken.

Was der Spartakusbund will.

1. Zur Sicherung der Revolution verlangen die Spartakiden u. a.: Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, sowie der nichtproletarischen Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen, Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch USR. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern. Alle Offiziere, Kapitulanten usw. sollen kastigelt, alle früheren politischen Organe und Behörden durch USR ersetzt, alle Lebensmittel beschlagnahmt werden. Ein Revolutionstribunal soll den früheren Kaiser und den Kronprinzen, Dintenberg, Lubendorf, Tirpitz und was die Spartakiden als deren „Mitterbrecher“ anziehen (also auch wohl die als Mörder tagtäglich gebrandmarkten Ebert, Scheidemann usw.) aburteilen.

2. Auf politischem und sozialem Gebiete Abschaffung aller Einzelstaaten, einheitliche deutsche sozialistische Republik ohne Parlamente und Gemeinderäte, lediglich verwaltet durch USR und durch einen aus diesen gewählten Volkstag. Alle Ständesunterdrücke, Orden, Titel sollen abgeschafft, der sechsständige Wochensarbeitsstag eingeführt werden.

3. Nächste wirtschaftliche Forderungen sollen sein Beschlagnahme aller förmlichen Vermögen, Streichung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden, sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen kleine Zeichnungen von bestimmter Höhe, Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Güter, Großbetriebe in Industrie und Handel, Konfiskation aller Vermögen von bestimmter Höhe an.

4. Als internationale Aufgaben werden bezeichnet sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

Soweit das Programm, das in seinen hervorsteckendsten Zügen sofort erkennbar ist als ein nicht auf deutschem Boden und unter deutschen Verhältnissen gewachsenen Produkt: es kennzeichnet sich vielmehr als eine fast slavische Nachahmung der Punkte, die der Petersburger Bolschewismus unter Lenin und Trozki als Segensbringer für das russische Volk aufstellten. Die Entwicklung Rußlands unter diesem Banner war bisher ähnlich dem Wege des Spartakus, nach dem sich die deutsche Gefolgshaft Liebknechts und der durch Heirat deutsch-nationalistischen Russin Rosa Luxemburg benennenden Spartakus, ein Folterslave in Rom einige 70 Jahre v. Chr., wurde Anführer in einem Sklavenaufstand, sammelte etwa 70 000 Genossen um sich, erzielte anfänglich Erfolge gegen die römischen Feldherren, geriet dann aber durch die Beute- und Plünderungslust seiner Leute ins Unglück. In der entscheidenden Schlacht verlor er selbst und 60 000 der Seinen das Leben, die gefangenen Reste des Heeres wurden gekreuzigt oder sonstwie vernichtet. Der Lauf des Spartakus endete in einem Blut- und Leichenfelde.

Spartakus auf dem Thron.

Die Regierung gegen den Neuköllner USR.

Neukölln, 14. Dezember.

Der Spartakusbund, der in Neukölln seine weitbegleitenden Theorien in die Praxis übertragen hat, ist jetzt von der preussischen Regierung in die Schranken gewiesen worden. In einem an den hiesigen USR gerichteten Schriftstück unterzeichnet Hirsch, wird hervorgehoben, daß der Spartakus-USR den von der neuen Regierung für das ganze Staatsgebiet geltenden Vorschriften zuwider handelt, als er die städtische Verwaltung ausschaltete, ebenso wie bei seinen andern Maßnahmen. Indes will es nicht befagen, wenn das preussische Ministerium erklärt, der hiesige USR habe sich die ausübende Gewalt zu Unrecht angeeignet, und wenn es die Erwartung ausspricht, daß Spartakus seine ungesetzlichen Maßnahmen, die die Verwaltung stillzulegen drohen, sofort rückgängig mache. Spartakus kehrt sich nicht daran. Er regiert weiter mit einer Weisheit, die anscheinend aus Wolfenluchtsheim stammt.

Neukölln-Rixdorf wartet mit Spannung auf die Schritte, die die Regierung tun wird, um ihrem immerhin schneidigen Erlass Beachtung und Wirkung zu verschaffen. Die Nacht-haber auf dem Rathaus sind jedenfalls gewappnet. Nach dem Muster Liebknechts haben sie eine Garde geschaffen, die notwendig ein Maschinengewehr bedienen kann. Kann die Regierung kommen. Einfallen: übt man sich in der Ausübung russischer Methoden: Nahrungsmitteltransporte, die den hiesigen Güterbahnhof passieren, werden angehalten und beschlagnahmt, Gebalts- und Lohnfragen werden willkürlich geregelt und zwar so, daß die Finanzwirtschaft der Stadt schon jetzt heillos verporren ist.

Was Spartakus eigentlich will, wird nicht ganz klar. Erreicht hat er zum Teil nur, daß die Stadt nahezu vom Verkehr abgeschnitten ist. Die Lieferanten für Lebensmittel und Kohlen machen Schwierigkeiten, weil sie für ihre Bezahlung fürchten. Finanzinstitute weigern den Kredit. Was kümmert es die Nacht-haber, daß die Versorgung der Stadt zu stocken beginnt. Die Not der Bevölkerung ist ihre geringste Sorge. Sie haben wichtigeres zu tun. Es gilt die Revolution und mit ihr die vollkommene Freiheit zu sichern. Zu diesem Zweck wird zunächst die Verhaftung des ehemaligen Polizeipräsidenten Bekker gefordert, der in der Revolutionsnacht angeblich drei Zentner politische Akten verbrannt hat, und eine strenge Kontrolle ist über Rangabzeichen, sowie Orden und Ehrenzeichen verhängt. Niemand darf das Rathaus irgendwie ausgezeichnet betreten.

Notstandsarbeiten, der Bau von Wohnhäusern, Familien- und Erwerbslosen-Unterstützung sind in Frage gestellt. Aber Spartakus ist heilfroh; denn auf dem Boden vollständiger Desorganisation, vollkommensten Elends reifen seine Früchte. Nach dem Beispiel des großen Führers in Berlin sagen auch die Neuköllner Bolschewisten: „Es kann nicht neu gebaut werden, ehe nicht alles niedergebissen ist.“ Und unter diesem Gesichtswinkel greifen sie auch in das Familienleben höchst selbstherrlich ein: ohne viel Formalitäten hat Spartakus einige Scheidungen vollzogen. Die Neuköllner Spartakusleute nähern die Zeit und sie fühlen sich zum großen Teil sehr wohl dabei; denn mit wenigen üblichen Ausnahmen bestehen sie es, aus den Schreden, die sie verbreiten, klingende Münze zu schlagen.

Wer kann helfen? Die Frage schwebt auf aller Lippen in Neukölln. Die Regierung? Von ihr ist nichts zu erwarten. Das Bürgertum? Es ist unbewaffnet und entrechtet. Und doch gibt es Übermütliche, die auf das Bürgertum hoffen, die kein Erwachen erwarten und das es endlich das Joch der diktatorischen Sklaverei abschütteln, die eine Handvoll Leute über das blühende Gemeinwesen verhängt hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die von der Reichsregierung eingesetzte Sozialisierungskommission hat eine Sitzung abgehalten, in der Professor Widenfeld, der bisher volkswirtschaftlicher Referent der Kriegswirtschaftsabteilung gewesen ist, ein einleitendes Referat über die Organisationen zur Bewirtschaftung der Rohstoffe während der Kriegszeit hielt. In der Debatte wurde besprochen, inwieweit diese Gesellschaften in der Friedenszeit weitergehalten werden können. Es wurde von verschiedenen Seiten festgestellt, daß man für die Übergangszeit ohne derartige Institute nicht auskommen können. Weiter behandelt wurden die Fragen der Stilllegung und Zusammenlegung. Auch die B. E. G. soll ihre Tätigkeit vorläufig weiter fortsetzen.

Der Kommission zur Untersuchung wegen schlechter Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland liegen zurzeit nicht weniger als 1100 Aktenbände vor, die sich auf diese Angelegenheit beziehen. Es wurde festgestellt, welche Arten von Beschwerden zunächst zum Gegenstande der Untersuchung gemacht werden sollen. Zu den aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung bei der Kommission gemachten Anregungen, ihre Arbeit auch auf die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Gefangener im Ausland zu erstrecken, wurde festgestellt, daß das Material hierüber schon an anderer Stelle gesammelt wird und zu gegebener Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden soll.

Über eine sonderbare Äußerung Liebknechts weiß die „Neue Züricher Zeitung“ zu berichten. Danach hat der bayerische Ministerpräsident Eisner, als er in Berlin auf der Reichskonferenz weilte, auch Liebknecht besucht, da man meinte, daß er vielleicht genügenden Einfluß besäße, um den Spartakus-Leiter von heillosen Unternehmungen abzuhalten. Eisners Auseinandersetzung, die zwei Stunden dauerte, war vergeblich. Zum Abschied erklärte Eisner: „Ihr schlägt Deutschland in Stücke, wenn eure Pläne gelingen.“ Liebknecht antwortete darauf: „Desto besser!“

Die Entlassung des Volksgrates Strobels durch den Volksguardrat ist erfolgt, weil Strobels in der Deutschen Tageszeitung einen antisemitischen Artikel hat erscheinen lassen. Der Artikel beginnt mit den Worten: „Siebzehngemillionen! Bist du blind? Siehst du nicht die Ketten der Zukunft?“ Er fährt dann aus, wir seien ein Arier-volk und dürften und deshalb nicht von 600 000 Semiten, die zu Führern in allen Zweigen des menschenunwürdigen Systems geworden seien, zügel lassen.

Zu einer neuen Abgabe Eisners an Berlin kam es in einer Versammlung des provisorischen bayerischen Nationalrates. Eisner erklärte, von Berlin aus würde man nicht mehr dirigiert werden. In der äußeren Politik würde er, Eisner, der Welt zeigen, daß der neue Volksstaat Bayern Vertrauen verdiene. Den jetzigen Mangel an Vertrauen habe die Berliner Regierung mit ihrer Verschönerungspolitik, mit ihren Bomben und Kobdazillen verschuldet. Aus gegenseitigem Vertrauen könne die Wiederaufrichtung der Menschheit in menschenfreundlichem Sinne erfolgen.

Nach Münchener Meldungen stehen zwei neue Reichsanleihen in Aussicht und zwar eine Demobilisierungs- und eine Kriegsschadigungsanleihe. Für alle Bundesstaaten ist aus diesem Grunde von der Reichsregierung der Anleihemarkt gesperrt worden.

Die Reichsregierung wendet sich entschieden gegen die Eingriffe in die Rechtspflege, wie sie von den USR vielfach verübt werden. Unzulässig sind hiernach Anordnungen, nach denen außerhalb des geordneten Gerichtsverfahrens Personen wegen des Verdachts strafbarer Handlungen verhaftet und Strafgefangene sofort in Freiheit gesetzt werden. Unzulässig ist die Einrichtung be-

sonderer Volksgerichte, Kriegsgerichte oder Standgerichte, die Einführung abgekürzter Gerichtsverfahren, die Abänderung des Reichsstrafgesetzbuches, die Übertragung der Strafgerichtsbarkeit auf andere Behörden.

Die immer wieder auftretende Fabel von der Besetzung Berlins durch die Entente wird von der Pariser Presse als tendenziöse Fälschung bezeichnet. Die deutsche Regierung wolle damit der Entente nur neue Schwierigkeiten bereiten und sich selbst festigen. Ein dem Hauptquartier nahestehender höherer Offizier erklärt, diese Meldung sei wohl ein Verhöhnballon, um die Entente zu würgen, ihre Absichten vorzeitig bekannt zu geben. Die Entente werde aber nichts leichtsinnig riskieren und alle Folgen einer militärischen Politik von solchem Umfange abwägen. Bis her sei von der französischen Obersten Heeresleitung hierüber noch kein Beschluß gefaßt worden.

Über die Notwendigkeit der Entwaffnung der Spartakusleute äußerte sich Scheidemann einem ausländischen Berichterstatter gegenüber. Nach Scheidemanns Ansicht sei Liebknecht geistig nicht normal, das ginge aus dessen Worten und Handlungen genügend hervor. In Loslösungsbestrebungen deutscher Staaten glaubt Scheidemann nicht.

Ein neuer Sieg über die Unabhängigen ist in Berlin erkämpft worden bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung der USR. Von den Berlin zugebilligten 13 Vertretern entfielen auf die Mehrheitssozialisten 7, die Unabhängigen 5 und die freien Berufe 1 Vertreter.

Von einer neuen Niederlage der Unabhängigen wird aus Schleswig-Holstein berichtet. Von den zu der Berliner Delegiertenversammlung zu bestellenden neun Delegierten entfiel auf die Unabhängigen keiner; es gehören vielmehr alle den Mehrheitssozialisten an.

Die Vorverhandlungen über den neuen Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich, die in den letzten Tagen in Berlin stattfanden, haben im großen und ganzen zu einer Einigung geführt, auf deren Grundlage der Entwurf nun ausgearbeitet werden soll. Die einzelstaatlichen Vertreter sind bereits wieder abgereist.

Angeichts der unhaltbaren Zustände ist die Verlegung der deutsch-böhmischen Regierung nach Dresden erfolgt. Der tschechische Präsident Masaryk wird täglich in Prag erwartet. Man will wissen, daß er eine Botschaft der Entente mitbringt, wonach sich die Entente für den Anschluß Deutsch-Böhmens an den tschechischen Staat ausspricht. Eine Befestigung dieser Gerüchte ist bisher nicht erfolgt. Im übrigen sind 800 Mann tschecho-slowakische Truppen in Karlsbad einmarschiert und haben alle öffentlichen Gebäude besetzt.

Die Rückkehr unserer Ostafrikaner, der Helden-truppe des Generals v. Lettow-Vorbeck, erfolgt nach einer holländischen Meldung auf englischen Schiffen. Man beabsichtigt, sie in Rotterdam zu landen. Auf das Ersuchen, Frauen und Kinder mitzunehmen, ist noch keine Antwort erfolgt. Die Truppen werden, da sie nicht besetzt sind, nicht entwaffnet.

Den von der Regierung wieder freigelassenen rheinischen Großindustriellen wurden auf dem Bahnhof in Mülheim-Ruhr ein feierlicher Empfang bereitet. Unter anderem hatten sich der Oberbürgermeister, Stadtverordnete, der Garnisonkommandant und zahlreiche Direktoren und Beamte der Firmen Stinnes, Thyssen, des Mülheimer Bergwerksvereins und der Friedrich-Wilhelm-Sütte eingefunden und die Freigelassenen begrüßt. Der USR hatte den Bahnhof und die umliegenden Straßen durch ein großes Aufgebot abgesperrt.

In den letzten Tagen ist eine Verschärfung der Lage im Osten Preußens eingetreten. So hat das Kommissariat des polnischen Volksrates bei dem preussischen Ministerium Einspruch dagegen erhoben, daß Truppen des Heimatschutzes Ost in das Grenzgebiet geschickt worden seien. Das Kommissariat erwarte telegraphische Nachricht. Sollte keine befriedigende Antwort eintreffen, so würde man in einigen Kreisen die Lebensmittelzufuhr sperren. In einer Mitteilung an die Presse sagt weiter das Kommissariat, daß das Verhalten des Heimatschutzes reaktionäre, gegenrevolutionäre und antipolnische Tendenzen verfolge. Die Verwendung dieser Truppen geschehe mit Wissen und Willen der Regierung und der Militärbehörden. Die Regierung gab eine befriedigende Aufklärung. Der Minister des Innern wird sich persönlich an Ort und Stelle begeben.

Mit den vielfachen Lösungsbestrebungen hat sich auch die Vereinigung der Arbeitgeberverbände beschäftigt. Nach ihrer Auffassung haben überreife Regierungsmaßnahmen die Lösungsbestrebungen ganzer Landesstellen vom Reiche hervorgerufen und bedrohen aufs ernsteste den Zusammenhalt des Reiches. Die Vereinigung verlangt daher, daß grundlegende politische und wirtschaftliche Maßnahmen nur im Wege geregelter Gesetzgebung und nur nach eingehender Vorbereitung und nach ausreichender Anhörung aller Beteiligten erfolgen. Die Vereinigung verlangt endlich mit allem Nachdruck die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, damit das ganze Volk an der Gestaltung des Reiches mitarbeiten und die Grundlagen eines geordneten Staats- und Rechtslebens schaffen kann.

Die nötige Umgestaltung der Einfuhrorganisation ist vom Reichsernährungsamt jetzt angeordnet worden. Dieses hat nämlich bestimmt, daß die Warenabteilungen der Zentraleinkaufsgesellschaft den für die innere Bewirtschaftung zuständigen Reichsstellen angegliedert werden. Damit wird die bisherige Einfuhrtätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft in kurzer Zeit aufhören. Dieser Schritt ist in voller Übereinstimmung mit der Zentraleinkaufsgesellschaft erfolgt und bezweckt, die innere Bewirtschaftung von Lebens- und Futtermitteln mit der Einfuhr aus dem Ausland in einen näheren Zusammenhang zu bringen.

Über die deutsche Politik während des Krieges ließ sich der Abgeordnete Haußmann näher aus. Haußmann sagt, vor der letzten März-Offensive waren wir stark; der Gegner fürchtete diese Offensive und damals wäre die beste Gelegenheit zum Friedensschließen gewesen. Der schweizerische Militärschriftsteller Stegemann schrieb in diesem Sinne seine Meinung unverhohlen an Haußmann. Dieser schickte das Schreiben an Hertling. Es kam in die Hände des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs. Man meinte dazu, vieles sei richtig, aber es geschah nichts. Stegemann war der Meinung, die deutsche Offensive würde höchstens bis Amiens und Reims kommen; Ludendorff erklärte dies für ungenügend.

Wie der bayerische Kronprinz über den Krieg geurteilt hat, erklärt er jetzt selbst. Danach war er seit dem Frühjahr 1916 ein ganz konsequenter Anhänger des Verständigungsfriedens mit völliger Wiederherstellung Belgiens. Er hat aus dieser Meinung nie ein Geht gemacht, weder seinem Vater, noch dem deutschen Kaiser,

noch den leitenden politischen Stellen gegenüber. Mit Kaiser Wilhelm hat er deswegen im Februar 1918 eine sehr lebhaft ausgeführte Auseinandersetzung gehabt. Er sah dann das Kommando herannahen und hat vergeblich versucht, immer wieder durch neue Mahnung auf eine rasche Beendigung des Kampfes und einen leidlichen Frieden hinzuwirken.

Nach dem Armeeverordnungsblatt soll eine Aufbesserung der Offizierbezüge erfolgen. Und zwar werden den geringer besoldeten Offizieren, Sanitäts-, Veterinär-, Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbau-Offizieren sowie Seeresbeamten für die Demobilisierungszeit Aufbesserungen ihrer Bezüge bewilligt, die neben den bereits erhöhten Feuerungszulagen dazu dienen, die durch die Bezüge der Friedensgehälter eingetretenen Härten zu beseitigen.

Gegen das ungeheuerliche Vorgehen der Spartakusgruppe in Neukölln, die dort den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst hat, wendet sich die preussische Regierung. Sie erwartet, daß der Neuköllner USR diese ungeheuerlichen Maßnahmen sofort rückgängig macht und sich zukünftig im Rahmen seiner Zuständigkeit hält.

Österreich.

Von Massenhinrichtungen im Kriege wird aus Budapest gemeldet. Darauf gibt der Oberste Militärgerichtshof bekannt, daß nach den amtlichen Aufzeichnungen während des Krieges 11 400 Personen von den Militärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. 3800 wurden begnadigt, aber erst nach vollzogener Hinrichtung.

Schweiz.

Ihre Stellungnahme zu dem großen Landesstreik haben die bürgerlichen Parteien des Nationalrates in einer Erklärung festgelegt. Sie bezeichnen den Streik als landesverräterisch und billigen die von der Regierung getroffenen militärischen Maßnahmen. Verlangt wird strengste Verhaftung der Anstifter und Organisatoren und Ausweisung aller Ausländer, deren Verhalten eine Gefahr für die Sicherheit des Landes bedeute.

Rußland.

Zu dem Einbruch in die norwegische Gesandtschaft in Petersburg, die auch die Schweizer Interessen vertritt, wird bekannt, daß sich in den veriegelten Koffern der schweizerischen Gesandtschaft Wertpapiere, bares Geld und Wertgegenstände im Betrage von 9 Millionen Rubel befanden. Die beiden schweizerischen Wachtposten, welche die Koffer in der norwegischen Gesandtschaft bewachten, wurden von einer bewaffneten Bande übermannt.

Der französische Votschaffer Roussin proklamierte den Vernichtungskampf gegen die Bolschewisten, den die Entente unter allen Umständen bis zum erfolgreichen Ende durchzuführen werde. Der Votschaffer ist augenblicklich in Archangelsk. Die zur Entente haltenden Don-Kofalen erfordern bereits bei Nowoschepersk im Bezirk Boroneß einen bedeutenden Sieg über die Bolschewisten. In zwei-tägigen Kämpfen wurden 11 000 Gefangene gemacht und 21 Geschütze erbeutet. — Auch die polnische Regierung hat jetzt alle Beziehungen zu Rußland abgebrochen.

Frankreich.

Die Ankunft Wilsons im Hafen von Brest war mit einer kurzen Feierlichkeit verbunden, da er von dort sofort nach Paris weiterfuhr. Ein Pressvertreter weiß aus Brest zu berichten, das Programm Wilsons habe für die Konferenz den großen Vorteil, daß alle vierzehn Punkte mit Ausnahme der strittigen Auslegung der Freiheit zur See als positive Basis für alle Unterhandlungen schon angenommen seien. Im übrigen seien nach der Meinung des Präsidenten die vierzehn Punkte nicht nur von den Kriegführenden, sondern auch von den Neutralen angenommen. Der Korrespondent fährt fort: Er sei ermächtigt zu erklären, daß der Völkerverbund eine notwendige Basis für jeden zu unternehmenden Schritt sei.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 14. Dez. Von der Armeegruppe Mackensen sind bis jetzt angelangt: die gesamte 11. Armee, Teile der 218. und der 226. Infanterie-Division, sowie die 7. Landwehr-Division und Teile der 16. Infanterie-Division.

Berlin, 14. Dez. Der Lehrer Gustav Menzel wurde zum Geheimen Regierungsrat und vorragenden Rat im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ernannt.

Berlin, 14. Dez. Die 1. und 3. Gardedivision ist heute hier eingezogen.

Berlin, 14. Dez. Die Volksbeauftragten werden über ihre bisherige Tätigkeit vor der Zentraltagung der deutschen USR und damit auch vor der weiteren Öffentlichkeit Bericht erstatten.

Berlin, 14. Dez. Ordnungsmäßig aus dem Heere Entlassene sollen in allen Staatsbetrieben bei der Anstellung bevorzugt werden.

Paris, 14. Dez. Die vorbereitende Konferenz für den Friedenskongress soll bereits am Mittwoch, den 18. Dezember, beginnen.

Amsterdam, 14. Dez. In der belgischen Kammer wurde die Antwort auf die Thronrede nach einer kurzen Verhandlung angenommen, in der Graf Woeste vergeblich versucht hatte, bei der Stelle, wo von der Preisgabe der Neutralität die Rede ist, die Neutralität zu retten.

Konstantinopel, 14. Dez. Die unter dem Kommando des Generals Liman v. Sanders stehenden deutschen Truppen in Syrien und Armenien in Stärke von rund 10 000 Mann sind hier einetroffen.

Eingefandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die pressgesetzliche Verantwortung.)

„Mulier taceat in ecclesia“

— das Weib schweige in der Versammlung —, so hat es der Apostel gewollt, und doch scheint die Not der Zeit dieses Apostel-Wort verneinen zu wollen. Jetzt muß die Frau reden, mag es ihr noch so schwer fallen, an die Öffentlichkeit zu treten. Die Sache will's und die gute Sache verlangt es, daß die deutsche Frau aus dem Rahmen des Hauses herausträte und sich frei und offen zu dem bekenne, was ihr heilig ist.

Sieht es nicht in einer Legende des blinden, frommen Beda, daß, „wenn Menschen schweigen, die Steine schreien werden?“ Schreit nicht, unsere Not und unser täglich wachsendes Unheil schon längst zum Himmel in dieser Adventszeit, in der sonst die alten deutschen, Licht und Freude verheißenden Weihnachtslieder ihr selbes Klagen und Singen anhoben? — Deutsche Frauen, deutsche

Männer, warum bleibt Ihr stumm? Warum spricht Ihr nicht das erlösende, befreiende Wort:

„Auf, laßt uns zusammenstehn, daß wir noch retten, was zu retten ist! Nicht Schuld sind wir am Anfang dieses Krieges, aber für das Ende desselben, für den traurigen Friedensschluß tragen wir die volle Verantwortung mit — wenn wir uns nicht rühren!“

Liebet Ihr nur ein stehendes Vaterland, liebt Ihr nicht auch das aus tausend Wunden blutende, dem die eigenen, unvernünftigen Kinder den Dolch noch vollends ins Herz stoßen, nachdem es zusammenbrach? Wollt Ihr ruhig zusehen, wie es im Todeskampf verrückt? — Wohl ist es über die Gutgefanten wie eine Lähmung gekommen, als vernichtend und mit zermalnender Wucht Schlag auf Schlag folgte, als der uns noch tragfähige Boden zu wanken begann und die Fundamente des Reichshauses stürzten? Ist der andringende Bolschewismus wirklich der Vassillak, der uns zähmt und unsere Tatkraft lähmend niederzwingt? Sind wir hypnotisiert von feiger Furcht und Angst? Muß der Teufel (Bolschewismus) mit Veelzebub (der feindlichen Invasoren) ausgetrieben werden? Wollt Ihr nicht helfen, dieses Uebel zu ersticken, ehe es Macht über Eueren Herd gewinnt, den Ihr Männer der Treue da draußen bis zuletzt in hellem Ringen verteidigt habt? „Ja, was können wir tun?“, werdet Ihr sagen. Abwarten, bis man endlich sich zu den Wahlen bequemt und die Nationalversammlung lässig einberuft? Wir haben doch einen Reichstag, wir haben doch noch ein geschäftliches Parlament!!

Jeder Tag kostet Euch Millionen, jede Minute, die Ihr nutzlos verstreichen laßt, ist verloren für die gute Sache und Euer gutes Bürgerrecht.

Denkt an das Dichtervort: „Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!“ — Und ihr habt leider schon zu viele Minuten ins Meer der Ewigkeit tallos verstreichen lassen!

Rafft Euch endlich zusammen, bildet eine einheitliche geistige Front, Bauern und Bürger, Dörfer und Städte, — du schöner heimischer Elbgau marschiere voran

und bilde einen starken Bund, sprich zu den obersten Leitern des Volkes:

„Wir fordern im Namen der deutschen Ehre, im Namen unserer Väter, die uns ein reiches Erbe hinterließen, das nicht verschwendet werden darf, im Namen der gefallenen Helden, die ihr Blut nicht umsonst vergossen haben sollen, im Namen ihrer Witwen und Waisen, die geschützt werden müssen, im Namen des deutschen Rechts, im Namen Gottes, der der Träger der sittlichen Weltordnung ist, wir fordern den sofortigen Zusammentritt des Reichstags und die beschleunigte Einberufung der deutschen National-Versammlung oder wir erkennen Euch nicht an als die, die Ihr sein wollt: die Männer der Ordnung und des freien, gleichen Rechts.“

Deutsche Bürger und Bürgerinnen, noch einmal lege ich Euch mahnend das Dichtervort ans Herz:

„Was Ihr von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!“

Öffentliche gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften am 11. Dezember 1918.

Anwesend sämtliche Ratmitglieder mit Ausnahme der noch im Heeresdienst befindlichen Herren und 9 Stadtverordnete.

Den ersten Punkt der Tagesordnung der von Herrn Bürgermeister Dr. Volz geleiteten Sitzung bildete die Vorbereitung zur kommenden Stabverordnetenwahl, beziehentlich die Beratung des in Verfolg der Bekanntmachung des Sächsischen Gesamtministeriums vom 26. November 1918 auszuführenden neuen Ortsgesetzes über die Wahl von Stadtverordneten.

Der Bürgermeister Dr. Volz berichtete eingehend über die erlassenen Vorschriften und ging hierauf zur paragrafenweisen Durchberatung des vorliegenden Entwurfs zu dem betreffenden Ortsgesetz über. Dabei wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Die Zahl der Stadtverordneten wird auch für die Zukunft auf 15 festgelegt, da sich diese Zahl nach den bisherigen Erfahrungen einerseits als ausreichend, andererseits aber auch insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen städtischen gemischten Ausschüsse als erforderlich erwiesen hat.

b) Es ist eine Wählerliste nach Maßgabe der Anlage Ia zur Verordnung des Ministeriums des Innern vom 3. Dezember 1918 aufzustellen, da das noch in Frage kommende neue Stimmrecht mit Rücksicht darauf nicht zweckmäßig erscheint, daß für die im

Februar stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung ausdrücklich die Ausstellung von Wählerlisten vorgeschrieben ist.

c) Der zu bildende Wahlausschuß soll aus dem Wahlkommissar und 2 Beisitzern, der Wahlvorstand aus dem Wahlvorsteher, beziehentlich dessen Stellvertreter und 3 Beisitzern bestehen.

d) Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander soll nicht zulässig sein.

e) Die bei dem Wahlkommissar spätestens 14 Tage vor dem Wahltage einzureichenden Vorschläge müssen von mindestens 50 stimmberechtigten Personen unterzeichnet sein.

f) Die Wahl findet Sonntag, den 2. Februar d. J., von 9 Uhr vormittags bis abends 6 Uhr statt.

g) Die Wahldauer der neuen Stadtverordneten ist auf 2 Jahre festgelegt worden, da es sich wegen der Unübersichtbarkeit der jetzigen Verhältnisse empfiehlt, zunächst, bis Erfahrungen gesammelt sind, eine längere Frist festzusetzen. Abdann haben sämtliche Stadtverordnete wieder auszuwählen.

Der Entwurf des Ortsgesetzes wurde hierauf in der durchberatenden und festgestellten Fassung von beiden städtischen Körperschaften in getrennter Abstimmung, wobei das Stadtverordnetenkollegium zuerst abstimmte, einstimmig angenommen.

Nach Erledigung dieses wichtigen Punktes der Tagesordnung wurde noch das Anstellungsverhältnis des Herrn Kurmusikdirektors Hanns Lorenz Fischer anderweit geregelt und einem Angestellten der Stadt Schandau die erbetene Kriegsteuererleichterung bewährt.

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Lichtenhain.

Mittwoch, den 18. Dezember, Kriegsbefreiung in Miendorf.

Parochie Reihardtshof.

Donnerstag, den 19. Dezember, 6 Uhr Adventsandacht in Kröden.

Parochie Königstein.

Mittwoch, 18. Dez., 8 Uhr Frauenabend im Konf.-Saal.

Marktbericht.

Birna, den 14. Dezember 1918.

50 Stk. Getr. 10—11 Mk.	1 Bfd. Kohlrabi 17 Bfg.
50 Stk. Stroh 4—4.50 Mk.	1 Bfd. Sellerie 60—70 Bfg.
1 Bfd. Weizen 12 Bfg.	1 Rettich 5—20 Bfg.
1 Bfd. Möhren 17 Bfg.	1 St. Meerrettich 40—120 Bfg.
1 Bfd. Zwiebeln 32 Bfg.	

Lut Herz und Laichen auf fürs rote Kreuz!

Reservelazarett Schandau a. d. Elbe. Weihnachtsbitte!

Das Reservelazarett Schandau beabsichtigt, am 23. Dezember mit seinen Kranken und Verwundeten **Weihnachten zu feiern.**

Da Weihnachtsgaben bisher nicht eingegangen und Mittel zur Beschaffung solcher nicht vorhanden sind, ergeht in letzter Stunde an alle, die geben können und wollen, die herzlichste Bitte:

Gedenkt der Kranken und Verwundeten im Reservelazarett Schandau, die für Euch gekämpft und viel gelitten haben und heute noch leiden und helft durch Gaben, daß wir ihnen in schwerer Zeit ein frohes Weihnachtsfest bereiten können!

Gaben aller Art nehmen dankbar entgegen:
Der Soldatenrat. Der Oberarzt. Die Lazarettinspektoren.

Versammlung f. Deutsch-Oesterreicher Mittwoch, den 18. Dezember, im „Lindenhof“, Schandau zwecks Erreichung des Wahlrechts zur Stadt- u. Nationalversammlung. Ingenieur Streitberger.

Achtung!

Mittwoch, den 18. Dezember, abends 7/8 Uhr, findet in „Stadt Zittau“, Schandau, eine

Versammlung

statt zwecks **Gründung einer Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei.**

Alle männlichen und weiblichen Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder usw., sowie alle Einwohner, die Interesse daran haben, werden hierzu eingeladen.

Diejenigen Versammlungsbesucher vom Sonntag, welche die dort ausgelegten Anmeldebüchlein ausgefüllt haben, werden ersucht, dieselben in „Stadt Zittau“ abzugeben.

Die Einberufer.

Versteigerung in Königstein.

Im Auftrage der Garnisonverwaltung der Festung Königstein bringe ich Donnerstag, den 19. d. M., vorm. von 11 Uhr an, im Hotel zum Deutschen Haus:

6 transportable Kochherde, 1 dergl. Kessel m. Heizung, 1 Schreibmaschine (Mercedes), 1 Nähmaschine, 1 Säckschneidemaschine, 2 H. leichte Taxiswagen, 1 H. Kastenwagen, 1 Hobelbank, 10 versch. Möbel, Tischlerlängen, 1 Wanduhr, 1 weißen Tisch, je 2 dergl. Stühle und Spiegel, 2 Läufer, 1 Destillier-, 1 Tafelwaage, Wäschekannen, Eimer, eiserne Papierkörbe, Kartoffelgabeln, Sesseln, Rechen, Schaufeln, 15 neue Antebesen, 1 großen Posten Tafeln, Bänke, Reale, Bretter, Latten, Bohnenstengel, 1 langes Wasserfaß n. a. m. meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung.

— Besichtigung von 10 Uhr an. —

Moritz Prater, Volalrichter.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Stochen, Idioten (1000), bittet in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in barmherziger Liebe zu gedenken.

Freundliche Spenden nimmt dankbarst entgegen D. S. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, Angerburg, Ostpr. (Postfach. Königsb. 2423.)

Gustav Schnabel, Kürschnermeister, Schandau Zaukenstraße 132:

Moderne Pelzwaren.

Ronditorei und Kaffee Jentzsch, Ostrau

empfiehlt sich zum Besuch.

Täglich fr. Gebäck, Torten u. dgl.

Gemüthlicher, freundlicher Aufenthalt.

— Täglich Konzert. —

Fernsprecher 45.

Photograph. Atelier

Wilhelm Fichtner,
Schandau, Poststraße 31.
Aufnahme täglich bei jeder Witterung.
Tadellose Ausführung jed. gew. Größe.

Jugendschriften Bilderbücher Gesellschaftsspiele

Gustav Boffack.

Die Schandauer Chronik

ist ein
fröhliches

Weihnachts-Geschenk für untere heimkehr. Krieger.

Zu haben in der
Sächs. Elbzeltung, Schandau.

Brief-Papiere

in jeder Packung und Preislage
in großer Auswahl

Gustav Boffack.

Villa Neufriedstein
je 5 Zimmer, reichl. Zubehör, elektr.
Licht, usw. billigst zu vermieten
Hochpart. u. 1. Etage durch Meisler,
Dresden-N., Dreifönigskirche 10 III.

Unserer werten Rundschau von Stadt und Land zur Kenntnis, daß mein Sohn aus dem Heeresdienst entlassen ist und die

Zahnpraxis wieder aufgenommen hat.

Um gütige Berücksichtigung bitten

Pauline Schiwew

Max Schiwew.

Weihnachtsbitte.

Trotz ernster Zeit geht die Welt ihren Lauf.

Weihnachten, das Fest der Freude und Liebe, wo alle Sorgen abgelegt werden möchten, steht vor der Tür.

Auch wir wollen unseren Verwundeten und Kranken an diesem Tage Freude bringen. Hierzu bedürfen wir aber der Unterstützung unserer Freunde und Gönner, welche wir herzlich bitten, uns Gaben in brauchbaren Gegenständen oder Geldspenden zur Verteilung zukommen zu lassen.

Allen Gebern innigsten Dank.

Oberschwester Elise im Krankenhause nimmt Gaben gern entgegen.

Vereinslazarett.

Dr. Lange.

Krankenhaus.

Stadtrat Engelmann.

Der Frauenverein wiederholt seine alljährliche Weihnachtsbitte in dem Vertrauen, daß seine Mitglieder und Freunde auch in schwerer Zeit der wachsenden Not der Armen eine kleine Steuer entrichten und ein Licht der Freude in ihr dunkles Leben hineintragen helfen werden.

Spenden nehmen entgegen: Herr Barrer Hesselbarth als Curator, Frau Posthalter Neumann als Vorsitzende des Vereins, sowie die übrigen Vorstandsdamen.

Ein Paar guterhaltene, vollständige

Arbeitsgeschirre

für mittlere Pferde
sodort zu kaufen gesucht.

Adr. an Ostrauer Hof b. Schandau.

Raninchen zu kaufen gesucht,

gleich welche Rasse.

Off. unter R. S. an die „Sächs. Elbzeltung“.

Ein eisernes Benzinfäß,
ein Paar lange Stiefel, Nr. 42,
und ein gebrauchtes Wiegepferd

zu verkaufen

bei Harnisch, Rathmannsdorf-Vlan.

Meine Zweifamilien-Villa,
Schandau-Ostrau, herrl. Lage, unweit Kurhaus, mit Obst- u. Beereng., sowie 18150 qm Wald-Terrassen

Parkanl., auch pass. als Erholungsheim usw., unter günstig. Beding. preisw. zu verkaufen. Off. unter „Villa“ an die „Sächs. Elbzeltung“.

Waldbestand

in jeder Größe
zu kaufen gesucht.

Ausführt. Offerten unter „Holz“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wohnung mit Hausmannsposten

in Villa

sodort zu vergeben.

Angebote unter Hausmannsposten an die „Sächsische Elbzeltung“ erbeten.

Ich suche für meinen Sohn,
welcher Ostrern die Schule verläßt,

kaufm. Lehrstelle

in Kolonialwaren-Geschäft.

Offerten unter S. 100 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Befundskarten werden schnell angefertigt. Sächs. Elbz.

Willkommen, Brüder!

Umraucht von Jubel, seid ihr ausgezogen,
Ihr, unser Stolz, ihr, unser heiliges Sehnen,
Und mit euch zogen der Begeisterung Wogen,
Und mit euch zogen uns're bitt'ren Tränen.

Wie standet ihr, ihr fähnen Deutschlandsredern,
Wie blicktet ihr in grausig-wildem Ringen!
Wer mocht', ihr Riesen, euch zu Boden strecken,
Wer mochte diesen hehren Mut bezwingen!

Was ihr erstrebt, es ist verfaßt geblieben,
Man hat mit eh'rnen Ketten euch umschlungen,
In Jammer und Verzweiflung euch getrieben —
Doch aufrecht bleibet ihr und unbezungen.

Nun kehrt ihr heim, ihr armen reichen Krieger,
Und stoltz wie einst dürft ihr den Blick erheben,
Was auch geschah, uns seid ihr doch die Sieger!
O fühlte ihr, wie uns're Herzen bebten,

Nacht lag vor uns, und unser Weg schien einsam,
Doch nun wird's Licht, ihr bringt uns euer Leuchten,
Was kommen mag, wir tragen es gemeinsam! —
Und wenn sich heut' auch uns're Augen leuchten,

Ehrenpfosten und Straßenkämpfe.

III. Gerade als Berlin zum Empfange der heim-
kehrenden Truppen ein Festgewand anlegte, knatterte in
der Chausseestraße ein Maschinengewehr und warf etwas
mehr als dreißig Menschen aufs Pflaster.

Was man so den „einfachen gesunden Menschen-
verstand“ nennt, das muß gewiß so fragen und urteilen.
Aber die Dinge liegen nicht so einfach, wie es auf den
ersten Blick scheint.

Vielleicht! Es kann aber auch sein, daß Karl Lieb-
necht und seine Sekte dennoch einen Entscheidungskampf
auf der Straße erzwingen. Dann wird mehr Blut
fließen, als am Freitag in der Berliner Chausseestraße.

Mit größerer Sorge hat man der Heimkehr der
Truppen überall entgegengesehen, weil im letzten Augen-
blick tolle Gerüchte umgingen von einer Verschwörung bei
der Truppe, von gegenrevolutionären Bestrebungen
einiger Generale und dergleichen.

Am Montag kommen in Berlin aus dem Reich Ver-
treter aller Soldatenräte zusammen. Erst diese Ver-
sammlung wird der Soldatenmacht, die bis zur National-

versammlung nun einmal das Fundament des Staates ist,
Regel und Recht geben. Diese Versammlung ist also
wirklich ein Ereignis der Revolution! In ihren Beschlüssen
wird man sehen können, welche Macht die gegenwärtige
Regierung hinter sich hat.

Der Präsident des früheren Reichstages will
diesen zusammenrufen — gegen den Willen der Regierung.
Herr Fehrenbach behauptet, nur wenn der Reichstag die
Regierung ermächtigt, werde die Entente mit ihr über
den Frieden verhandeln.

Vorweihnachten im revolutionären Berlin.

Die Welt ist noch nicht aus den Fugen — denn siehe, trotz
Foch und Spartaßus wird Weihnachten gefeiert — ein Weih-
nachtsfest mit Ehrenforten, Fahnenstumpf, Girlanden und
Blumen in festlicher Pracht.

Anfangs schien es zwar, als ob die Berliner in der
Furcht vor der Fremdherrschaft, dem drohenden Gespenst des
Staatsbankrotts oder Liebnechts holden Scharen jede Lust,
Weihnachten zu feiern, völlig eingebüßt hätten; der „Luzerne
Sonntag“, sonst der Auftakt des großen Weihnachtsrubels,
hatte sich völlig verflüchtigt wie die Kupfermünzen in unserer
Tasche — dann aber, als die ersten Gruppen von Weihnachts-
bäumen im Straßenbild auftauchten, jubelte jedes Mutter-
herz: Mein Gott, es gibt noch Tannenbäume! so ist ja auch
Glaube, Liebe und Hoffnung noch nicht aus der Welt ver-
schwunden — und nun erst begannen die Väter und Mütter,
die Brüder und Schwestern die große Wanderung auf den
„Weihnachtsmarkt“, der sich überall auf Straßen und
Plätzen etabliert.

Am wildesten ist der Trubel am Alexandersplatz, in der
Botsdamer und der Leipziger Straße. Das Publikum drängt
sich an die Schaufenster der großen Warenhäuser, die wie
alljährlich prächtige Landschaften, Städtebilder und Märchen-
szenen aus Puppen und Spiegelgegenständen in ihren Schau-
fenstern aufgebaut haben, oder ballt sich vor den Karren der
sitzen den Händler zusammen, die mit großem von Weib
gespidten Wortschwall und unter dem Gelächter der Menge
ihre tausenden Puppen, ihren Univerfallst, ein Fiedelwaßer
oder dergleichen andreien. Und alles wickelt sich auch ohne
berittene Schulleute in völliger Ordnung ab, und nirgendwo
ist eine Spur von Unruhen, drohenden Gefahren, Mißmut
und Hoffnungslosigkeit zu bemerken.

Von der Friedrichstraße wende ich mich dem Gewühl des
Belle-Alliance-Platzes zu. Doch ich komme nicht weit — hier
steht sich die Menge, und überall tauchen Schulleute mit
roten Armbinden auf. Was ist hier los? Etwas ein Zu-
sammenstoß mit „Spartakisten“, wie der Vorwärts launig
seine erbitterten Feinde nennt? Nein, o nein — das 3. Garde-
regiment kommt. Und da erdicht auch schon Ruß! alle
Fenster fällen sich mit Menschen, namentlich jungen Mädchen
und Frauen — und dann ein Jubel, ein Lärmschwenken:
Sie kommen, sie kommen! Nun maršieren sie ein, kraftvoll,
mit schwarzem Tritt, lauter junge, sehr junge Buriden, den
Stahlhelm auf dem Kopfe, mit ihren zerfetzten und durch-
nähten Fahnen, alle mit Blumensträußen und viel Tannen-
grün geschmückt, mit ihren bekränzten Bierden und Kanonen
und mit ihren lieben, braunen lachenden Gesichtern — frisch
und fröhlich, als kämen sie von einer Parade auf dem Tempel-
hofer Felde. Und dazwischen Kinder und wieder Kinder,
strahlend vor Glück, dabei zu sein und an der Hand der
tapferen Krieger einmarschieren zu dürfen.

Sind nun Friede, Frohsinn und Freiheit wirklich ein-
gekehrt in der Welt? Wir wissen, daß es nicht so ist — aber
einwillen wollen wir daran glauben, weil es Weihnachten ist,
und weil der Mensch ohne Hoffnung und ohne Vertrauen auf die
Zukunft nicht leben kann. So wollen wir, hoffnungsreich wie stets,
auch im nächsten Kriegswinter das Fest der Liebe feiern —
weil es die Mütter und die Kinder so wollen.

Landwirte, gebt acht auf die gefüllten Scheunen!

Der Untergang der Industrie.

Warnungen von Krupp und Siemens.
Berlin, 13. Dezember.

Die stetigen Lohnsteigerungen bedeuten nach einer Er-
klärung des bekannten Großindustriellen v. Siemens, des
Mitbesizers an den Siemens-Schuckert-Werken, die Un-
möglichkeit, im Auslande konkurrenzieren zu können, und da-
mit das Ende der Industrie sowie die Profllosigkeit der
Arbeiter. Die bei dem augenblicklichen Streik der
Siemenswerke gestellten Mehrforderungen betragen jähr-
lich 120 Millionen Mark, wogegen der den Aktionären zu-
gefloßene Jahresbetrag sich auf nur 13 1/2 Millionen
belaufe. Auch Krupp in Essen weist darauf hin, daß
wenn die Firma auch weiterhin wie augenblicklich 2 Mil-
lionen Mark an Löhnen zahlen müßte, ihr Kapital in
Wälde aufgezehrt sein würde. Zudem rechnet Krupp auch
noch mit einer Verringerung seines Werks durch die Entente
und muß zu großen Arbeiterentlassungen schreiten, da in
Zukunft voraussichtlich bloß noch 20 000 Arbeiter be-
schäftigt werden könnten.

Für und wider den Reichstag.

Drohender neuer innerer Konflikt.
dt. Berlin, 13. Dezember.

In einer Mitteilung an die Reichstagsabgeordneten er-
klärt Präsident Fehrenbach, daß die Nachrichten — aus dem
Lager der Feinde darauf hinweisen, daß diese der jetzigen
Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß
sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reichs, Bundes-
rat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung
einer legitimen Regierung und zur Beschlußfassung über
die Wahl zur Nationalversammlung. Der Präsident
schließt:

Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuarbeiten und
verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung,
von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen
Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu
machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte
mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung
noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise
bereit zu halten und zur demnächst anzuberaumenden
Sitzung vollständig zu erscheinen.

Die Reichsregierung, der die Mitteilung ebenfalls
ausgegangen ist, verharret auf ihren ablehnenden Stand-
punkt und macht den Präsidenten für alle etwaigen Folgen
seines Schrittes verantwortlich.

Neue Erklärung Fehrenbachs bevorstehend.

Berlin, 13. Dezember.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird Reichs-
tagspräsident Fehrenbach eine neue Erklärung gegenüber
der Stellungnahme der Regierung veröffentlichen. Alle
bürgerlichen Parteien stehen hinter Fehrenbach und sind
für die Einberufung des Reichstages nach Berlin, falls
die Regierung genügende militärische Sicherheitsmaß-
nahmen für den Reichstag zubilligen würde.

Der Vorwärts beschäftigt sich in seiner Freitag-
abendnummer ausführlich mit dem Vorschlag zur Ein-
berufung des Reichstags und schreibt u. a.:

Wir sind heute ein geschlagenes Volk, und wenn uns die
Entente wirklich zwingen würde, den gewesenen Reichstag
zum Leben zu erwecken, so wäre das noch immer nicht das
schlimmste, was uns passieren könnte. Die Entente kann und
wird keinesfalls verhindern, daß sich das deutsche Volk aller-
demnächst eine neue Vertretung bestellt, und wenn das deutsche
Volk heute in seiner Mehrheit zur Sozialdemokratie steht,
dann wird es auch eine sozialdemokratische Volksvertretung
haben. Wir können also dieser Entscheidung unserer Befieger
ohne Nervosität und ohne Furcht, die Errungenschaften der
Revolution könnten durch sie verlorengehen, entgegensehen.
Die deutschen Vorkämpfer aber, die unter Berufung auf die
Entente die Einberufung des Reichstages erzwingen wollen,
lassen jede Spur von politischer Überlegenheit und von jener
nationalen Würde vermissen, die auch einem besiegten Volk
und diesem erst recht zusteht. Das soll ihnen nicht ver-
gessen werden, wenn es zur Wahl der Nationalversammlung
geht.

Herr Fehrenbach vom Zentrum wird sich nicht von der
Anklage reinigen können, daß er und seine bürgerlichen
Hintermänner einen Akt nationaler Entwürdigung begangen,
die Entente indirekt zur Einmischung in unsere inneren
Angelegenheiten aufgefordert zu haben. Dafür wird ihm und
seinem Gefolge das Volk die Quittung ausstellen.

Was die Presse sagt.

Die Berufung des Reichstages durch den Präsidenten
Fehrenbach findet in der gesamten Presse ein lebhaftes
Echo. Man ist sich so ziemlich darin einig, daß der Zu-
sammentritt des Reichstages zu schweren inneren Konflikten
führen möchte, da die Reichsleitung auf dem Standpunkte
beharrt, daß Bundesrat und Reichstag durch die Revo-
lution ihr Daseinsrecht verloren haben. Die gemäßigten
Organe geben indessen zu, daß unter Umständen gleich-
wohl der Zusammentritt des Reichstages, den man all-
gemein nicht mehr als ein klares Spiegelbild des Volks-
willens hält, zur Notwendigkeit werden kann, nämlich
dann, wenn die Feinde nicht bereit sein sollten, mit der
gegenwärtigen Regierung zu verhandeln.

Die Presse der Rechten sieht diesen Fall als gegeben
an. Sie beruft sich auf die Tatsache, daß die Entente alle
Noten der gegenwärtigen deutschen Regierung unbeant-
wortet gelassen und daß man an amtlichen Stellen erklärt
habe, nur mit einer Regierung verhandeln zu wollen, die vom
Reichstage bestätigt ist. Diesen Standpunkt, den Präsident
Fehrenbach einnimmt, bekämpft sowohl die Regierung in
ihrer ablehnenden Antwort an den Reichstagspräsidenten,
wie auch die gesamte Presse der Linken. Es kommt dort
einmütig zum Ausdruck, daß der Reichstag, dessen Mit-
glieder 1912 unter einer wesentlich anderen politischen
Gruppierung gewählt worden seien, an sich schon nicht
mehr zu Recht bestehe, weil die Mandate mit dem Kriegs-
ende erloschen seien. Zudem aber sei der Reichstag nur
denkbar in der Zusammenarbeit mit dem Bundesrat.
Dieser aber habe aufgehört zu existieren, da die Fürsten,
die ihn ernannt haben, ohne Ausnahme abgedankt hätten.
Dazu aber komme auch, daß die etwaige Reichstagsagung
nur innerhalb eines Kampfparlaments stattfinden könne;
denn da die sozialistische Regierung sich gegen das Parla-
ment erklärt hätte, könnten naturgemäß die Sozialdemokraten

an den Sitzungen nicht teilnehmen. Auch die Teilnahme der Polen, Estländer und Dänen, sowie die der linksrheinischen Abgeordneten sei ausgeschlossen, bzw. zweifelhaft. Es bleibe also eine „gegenrevolutionäre“ Reichstagsgemeinschaft übrig, die keinesfalls irgendwelche bindende Entschlüsse fassen könne.

Ein Teil der bürgerlichen Presse macht sich diese Argumente zu eigen. Sie tritt noch einmal für die schleimige Wahl zur Nationalversammlung ein und will den Reichstag nur dann gelten lassen, wenn die Feinde von seiner Mitwirkung den Abschluß eines schnellen Vorfriedens abhängig machen. In diesem Falle erwartet sie von der Regierung Entgegenkommen bzw. einen Vorschlag zur Einigung, der die Tagung des Parlaments und die Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten ermöglichen würde. Die gesamte bürgerliche Presse ist mit der Rechts darin einig, daß nur der schnelle Zusammentritt der Nationalversammlung die inneren Konflikte beschwören und den Frieden herbeiführen kann. Sie wird um so dringender, als in Westdeutschland immer mehr der Wille erstarkt, eine selbständige Republik zu gründen, falls es nicht schnellstens der Berliner Regierung gelingt, Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Die Entwicklung der Krise wird nun davon abhängen, ob es gelingt, eine zweifelsfreie Meinungsäußerung der Entente zu erfahren. Will sie, daß der Reichstag vor Zusammentritt der Nationalversammlung die Regierung bestätigt, um sie verhandlungsfähig zu machen, so wird die Reichsleitung im Interesse des Volkes nicht umhin können, den Schritt Treubachs nachträglich zu sanktionieren.

Früherlegung der Wahlen im Reich.

Beginn der Vorbereitungen.

Berlin, 13. Dezember.

Wie der Vorwärts erklärt, wird infolge der allgemeinen Lage und einem fürmlich geäußerten Wunsch der Bevölkerung vermutlich die Wahl der Nationalversammlung zu einem früheren als dem ursprünglich angenommenen Termin stattfinden. Die Behörden haben bereits begonnen, sich mit dieser Möglichkeit vertraut zu machen und ihre Arbeit darauf einzustellen.

Wie sich die Spartakusleute noch wie vor zur Nationalversammlung stellen, ersieht man daraus wieder, daß eine vom Berliner Magistrat einberufene Versammlung der Hilfsbeamten, die sich mit den technischen Vorbereitungen zur Aufstellung der Wählerlisten für die Nationalversammlung beschäftigen sollte, von den Spartakisten auseinandergejagt worden ist.

England unter allen Umständen gegen USA.

Die Meldung, daß englische Offiziere in Wilhelmshaven mit den USA verhandelt hätten, wird von zuständigen Stellen als nicht zutreffend bezeichnet. Die Engländer lehnen vielmehr jede Verührung mit den USA strikt ab. Besonders interessant in dieser Beziehung sind Berichte, die aus England von den deutschen Matrosen kommen, die auf den ausgelieferten Kriegsschiffen gewesen sind. In allen diesen Briefen wird versichert, daß die Engländer sich vor allen Dingen gegen die roten Abzeichen wenden. Auf das Tragen solcher Abzeichen haben die englischen Marinebehörden standrechtliche Erschießung angeordnet.

Gegen die Spartakus-Diktatur.

Eingreifen der Garde-Kavallerie-Division.

Berlin, 13. Dezember.

Die erste in Berlin eingetroffene Fronttruppe, die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, verlangt in einer der Regierung abgegebenen Erklärung, sofortiges Vorgehen gegen die Spartakus-Lente, die „ihre Gewaltherrschaft dem deutschen Volke aufzwingen“ wollen. In der Erklärung heißt es dann:

„Wir fordern von der Regierung Treue gegen Treue; wir fordern von ihr nicht nur den Willen zur Ordnung, sondern auch die Kraft, diesen Willen durchzusetzen. Wir fordern Schutz von ihr, wie wir bereit sind, sie zu schützen. Wir richten deshalb an die Regierung das Ersuchen, alle diejenigen zu entlassen, welche sich unrechtmäßig in Waffenbesitz gesetzt haben; wir fordern, und zum Zwecke der Durchführung dieser Anordnung zum Sicherheitsdienst in Berlin heranzuziehen.“

Weiter sagen die Schützen: „Wir wollen unsere Mitbürger vor diesen Bedrückern beschützen. Nicht deshalb haben wir mit unserem Leben die Heimat gegen die Bestrebungen des Feindes verteidigt, damit ein Feind aus der Mitte unseres Volkes sein Verderbenswerk vollbringen darf.“ — Auch mit den anderen um Berlin liegenden Fronttruppen sind die Schützen zum Zwecke gemeinsamen Handelns in Verbindung getreten.

Was will Graf Czernin?

Wien, 13. Dezember.

Auf die vielfach laut gewordene Frage, welchen Zweck Graf Czernin, der ehemalige Minister des Äußeren, mit seinen neuen Enthüllungen verfolgt, erklärt die hiesige Presse fast einstimmig, der ehrgeizige Diplomat wolle im neuen Österreich nicht ausgeschaltet sein und erstrebe eine leitende Stellung in der kommenden Regierung. Darauf deutet allerdings sein Verhalten, nachzuweisen, daß er als aktiver Diplomat und Staatsmann jeweils die Rolle richtig erkannt habe.

Unter diesem Gesichtswinkel sind die neuen Enthüllungen des Grafen Czernin zu betrachten. Schon am Beginn des Jahres 1917 hat Österreich-Ungarn der Vereinigung Polens mit Galizien zugestimmt und sich bereit erklärt, sich für die Vereinigung Polens mit Deutschland einzusetzen, falls Deutschland Zugeständnisse im Westen machen würde. Das Angebot sei abgelehnt worden. Recht wenig glücklich rechtfertigt Graf Czernin seine Haltung in Breslau. Er behauptet, dort in volle Abhängigkeit Deutschlands geraten zu sein, weil Österreich die Hilfe Deutschlands wegen der Ernährungschwierigkeiten in Anspruch nehmen mußte. Staatssekretär Kühlmann, so plaudert Graf Czernin weiter aus, sei von der Obersten Heeresleitung plötzlich angewiesen worden, die Verhandlungen innerhalb dreier Tage zu beenden und zum Schluß auch noch Abtretung des unbesetzten Gebietes Ostlands und Estlands zu verlangen.

Endlich versucht Graf Czernin die Teilnahme Österreich-Ungarns am unbesetzten U-Boot-Krieg zu rechtfertigen. Die deutsche Begründung des U-Boot-Krieges ging nicht so sehr darauf, England durch Hunger zu besiegen, sondern gipfelte darin, daß die Westfront nicht zu halten sei, wenn die amerikanischen Munitionstransporte

nicht versenkt würden, daß also ein rein technisch militärisches Moment in den Vordergrund gehoben wurde. Da die Verweigerung des U-Boot-Krieges die Regierung Österreich-Ungarns zu einem direkten Konflikt mit Deutschland geführt hätte, gab er angeblich mit schwerem Herzen seine Einwilligung, nicht gemotzt durch Argumente, aber bezwungen durch die Ohnmacht, anders handeln zu können.

Vermögen und Schulden der Staaten.

Die Veränderungen im Kriege.

Die „Revue d'Economie politique“ (Paris) veröffentlicht eine von der englischen Filiale des Schweizer Bankvereins aufgestellte Tabelle des Nationalvermögens, der Einnahmen und Schulden der hauptsächlichsten Staaten der Welt, welche die Zeitschrift als zuverlässig betont. Wir entnehmen dieser Tabelle einige Zahlen, welche die größten der kriegsführenden Staaten betreffen und darum besonders interessieren dürften.

Nach den Schätzungen der letzten Friedenszeit stehen die Vereinigten Staaten mit einem Einkommen von 151 800 Millionen Frank an erster Stelle. Es folgen England mit 55 500 Millionen, Deutschland 54 000, Frankreich 41 600, Rußland (europäisches) 35 300, Österreich-Ungarn 20 160 und Italien 15 130 Millionen Frank.

Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten wurde auf 946 000 Millionen Frank geschätzt. An zweiter Stelle stehen England und Deutschland mit je 378 000 Millionen. Es folgen Frankreich mit 302 900, Rußland mit 218 000, Österreich-Ungarn 125 000 und Italien 88 000 Millionen Frank.

Die Schulden dieser sieben Staaten betragen:

	vor dem Kriege	nach dem Stand im Dezember 1917
England	17 880	139 500 Mill. Frank
Frankreich	33 163	118 440 . . .
Italien	14 500	46 700 . . .
Rußland	24 920	146 200 . . .
Vereinigte Staaten	5 250	15 680 . . .
Deutschland	6 800	121 100 . . .
Österreich-Ungarn	12 340	88 000 . . .

Im Dezember 1917 entfielen Schulden auf den Kopf der Bevölkerung in England 2909 Frank, in Frankreich 2978, in Deutschland 1789, in Österreich 1765, in Italien 1285, Rußland 671, Vereinigte Staaten 161 Frank.

Zu weitgehende Schlüsse wird man aus diesen, an sich recht interessanten Zahlen nicht ziehen dürfen. Denn einmal erstreckt sich diese Statistik nur auf die Zeit bis Ende 1917 und nicht bis zum Kriegsende; sodann aber fällt auch sehr wesentlich ins Gewicht, ob die Schuldenlast einem liegenden oder einem unterliegenden Staat trifft, so der Sieger einen großen Teil seiner Lasten auf den Gegner abzuwälzen, diesen noch tiefer in die Schulden hineinzubringen, sich selbst aber mindestens für eine lange Reihe von Jahren Erfolge zu sichern vermag, die das Volkvermögen enorm steigern, dem Staate riesenkapitalien einbringen und schließlich die Lasten kaum noch spürbar machen.

Bermischtes.

Ein Schlachtfeld für europäische Könige. In einer merkwürdigen Stelle in einem Briefe des schweizerischen Romanichters Albert Vigi (Jeremias Gotthelf) erinnert ein Literaturkenner. Vigius machte im Herbst 1821 eine Reise, wobei er auch die Lüneburger Heide passierte. In einem Reisebriefe vom 25. September 1821 heißt es nun: „Hier in dieser Wüste wäre Raum für die freitragenden Könige. Selten geschieht, daß Volk gegen Volk aufsteht. Die Fürsten und ihrer Hölle Politik sind es meist, die Kriege ansetzen, Verleumdungen zu rächen oder sich zu vergrößern. Sie befehlen Krieg, das dienstbare Volk muß ihn führen und, will es das Geschick, sein Gut und Habe zerstören lassen. Das allgemeine Menschenrecht aber fordert, daß der, welcher einen Krieg führen soll, auch sagen darf, ob er ihn führen will. Dieses Recht muß den Völkern früh oder spät gegeben werden, und läßt sich der Geist der Gerechtigkeit auf ihnen nieder, dann werden die Kriege unter die seltenen Erscheinungen kommen. Können aber in diesen Zeiten die Könige das Krieges dennoch nicht lassen, wohl, dann gestattet ihnen das Volk dieses blutige Spiel, aber nicht mehr um das Glück und Schicksal der Bürger, sondern das, was sie ihr Privateigentum nennen; auch ihr eigenes Leben mögen sie als Kampfpfeil setzen; nicht mehr in den fruchtbaren Feldern und Wiesen ihres Staates, sondern in der Lüneburger Heide sollen sie den Kampf ausfechten und keiner gezwungen sein, in demselben sein Leben einzusetzen; nur wer freiwillig ihnen folgt, den mögen sie mitnehmen.“

Von einem Hühnerkauf in Montenegro erzählt ein österreichischer Offizier eine unterhaltende Geschichte: Geschäftsmännigere Leute als hier — so schreibt er — dürfte man wohl nirgends finden, und doch sind die Montenegriner, wenn ein Handel in Frage kommt, recht schlau. Auch bei einer so geringfügigen Sache, wie es der Verkauf einer Henne ist, nehmen sie sich unendlich lange Zeit. Angenommen, man beabsichtigt den Ankauf einer Henne und wendet sich deshalb an einen Mann, der Hühner züchtet: „Ja, ich habe eine Henne, die ich Ihnen verkaufen kann“, wird er antworten, „doch das wird mir das Herz brechen. Eine solche Henne! Nein, ich kann mich nicht von ihr trennen.“ — „Nun gut“, erwidern wir, „ins Unglück sollen Sie sich deshalb nicht stürzen. Ich werde mich nach einer anderen Henne umsehen.“ — „Lassen Sie mich doch bis morgen Zeit“, wendet er darauf ein. Dann geht er seines Weges. Am nächsten Tage kommt der Mann wieder und sagt, er wolle dem Käufer, den er ins Herz geschlossen habe, die Hühnerhenne ablassen, natürlich zu einem fabelhaften Preis. Man lehnt das kühl ab und bietet den gewöhnlichen Marktpreis. Worauf er empört verstimmt, um nach einigen Stunden mit einer Henne wiederkommen. Tränenden Auges erklärt er, daß sei die vorzüglichste Henne auf Gottes Erde, und er wolle sie lieber gleich weggeben, ehe er sich einen so lächerlichen Preis zahlen lasse. Und dann nimmt er den lächerlichen Preis.

Das Kapital auf der Flucht. Die Deutsche Tageszeitung brachte kürzlich folgendes Interat: „Suche zum sofortigen Ankauf in Nordfriesland, nördlich der Linie Flensburg—Løndern oder angrenzend, einen Hof von etwa 100 bis 500 Morgen mit anständigem Wohnhaus, etwas Holz und Wasser, wenn möglich mit elektrischem Licht. Hohe Anzahlung, event. Anzahlung wird geleistet. Ich bitte die Herren Besitzer, die einen günstigen Verkauf wünschen, sofort mit mir in Verbindung zu treten und genaue Angaben zu machen. Diskretion zugesichert.“ Hier folgt die Firma eines bekannten Vermittlungsinstituts. Nördlich der Linie Flensburg—Løndern — das ist hier

besonders zu beachten — liegt das Gebiet, auf das Dänemark Anspruch erhebt. Jemand, der aus der Not und dem Blut des deutschen Volkes Millionen gemünzt hat, glaubt dort anscheinend vor der Steuerpolitik der deutschen sozialistischen Republik sicher zu sein. Die Konjunktur ist aus. Nun gilt es, das Gold zu retten. Keine Patrioten!

Das letzte im Weltkrieg versenkte Schiff. Die Besatzung des Dampfers „Ener“ aus Christiania ist jetzt in der Heimat angekommen. Sie erzählt, daß „Ener“ am 11. November abends, also nach Beendigung des Waffenstillstandes, versenkt wurde. Der Dampfer war mit Holzladung auf der Reise nach Frankreich. Er war am 8. November bei starkem Sturm mit einem Geleitzug von Bergen abgegangen. In der Nähe der Orkney-Inseln wurde der Geleitzug zerstreut, und kurz darauf trafen zwei Torpedos das Schiff. Der Beschädigte gelang es, die Boote auszufahren, und nach kurzem Rudern gelangten sie nach der Fair-Insel, von wo sie ein englischer Torpedojäger abholte. „Ener“ sank im Laufe der Nacht. Der Dampfer war noch neu und machte seine erste Reise. Es war das letzte Schiff, das im Weltkrieg versenkt wurde.

Der Herr Kriegsminister. Auf dem Kriegsministerium in Stuttgart erschien am ersten Revolutionstage ein Geleiter mit der Behauptung, er sei der stellvertretende Kriegsminister. Dann nahm er in dem Amtszimmer des früheren Kriegsministers Platz und begann Zigaretten zu rauchen, von denen er gleich mehrere Tausend mitgebracht hatte. Da er keine standesgemäße Wohnung hatte, belegte er im nebenan befindlichen Dienstgebäude des Kriegsministers drei Zimmer mit Bad mit Beschlag. Natürlich fand ihm jederzeit ein Auto zur Verfügung, und der Kraftwagen wurde schon wegen der vielen Damenbesuche, die der Kriegsminister empfing, viel benutzt. Als Monatsgehalt sprach sich der Kriegsminister die bescheidene Summe von 900 Mark zu. Diesen Revolutionsidyll ist erst dieser Tage durch den Nachspruch des jetzigen wirklichen Leiters des Kriegsweins ein jähes Ende bereitet worden.

Mohn als Tabakerk. In verschiedenen Händleranpreisungen sind auch die Wälder, Stengel und Kapfeln des im Inlande gebauten Mohnes als Tabakerkstoffe empfohlen worden. Gegen ihre Verwertung müssen jedoch gesundheitliche Bedenken erhoben werden, da die Pflanzenteile Abkömmlinge des Opiums enthalten, die in den Rauch übergehen und ähnliche Giftwirkungen zur Folge haben können, wie sie beim Opiumrauchen beobachtet werden.

Die Nordsee wimmelt von Fischen. Aus Stagen meldet man einem schwedischen Blatt: Alle sind sich darüber einig, daß niemals seit Menschenedenken das Meer so großen Reichtum an Fischen und besonders an Torsen aufzuweisen hatte wie jetzt. Die Fischer, die aus der Nordsee kommen, berichten, daß das Meer förmlich von Fischen wimmelt, und zwar nicht nur von kleinen Fischen, sondern von großen Dorichen und großen, vollwertigen Schollen und Flundern. Diese Erscheinung ist leicht erklärlich. In den letzten vier Jahren ist nicht viel in der Nordsee gefischt worden, jedenfalls nicht im Verhältnis zu dem, was in normalen Zeiten gefischt wird. Wenn die Zeit kommt, in der die Flotten wieder unbehindert in die Nordsee können, müssen die skandinavischen Fischer auf einen Wettbewerb wie nie vorher gefacht sein. Deutschland ist dabei, einen mächtigen Fischereibasen in Wilhelmshaven zu bauen, und alles deutet darauf hin, daß Deutschland und England sich mit allen Kräften rüsten, um an den Reichtümern des Meeres teilzunehmen.

Nah und Fern.

O Postverkehr nach der Ostfront. Von den Truppen im Osten wird noch immer über das Ausbleiben von Nachrichten aus der Heimat lebhaft geklagt. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß an die Heeresangehörigen in den besetzten Ostgebieten Feldpostsendungen aller Art, außer Briefsendungen über 50 Gramm Gewicht (Büchlein), nach wie vor zugelassen sind. Die Aufschriften der Sendungen sind zweckmäßig mit dem Zusatz „Osten“ zu versehen.

O Höfe unter Wirtschaftsaufsicht der USA. Der USA zu Enten beischloß, mehrere im Fürstentum Lübeck liegende Höfe, die bisher warentabel für die Volksernährung gewirtschaftet haben, unter Wirtschaftsaufsicht zu stellen.

O Russische Kriegsgefangene als Räuber. Ein englischer Kriegsgefangener in Süderbrarup erstattete eine Anzeige, die zur Aufspürung einer großen Diebesbande führte. Man fand im Hause einer Witwe ungeheure Mengen Lebensmittel und Kleidungsstücke, die im Wege des Schleichhandels nach Hamburg vertrieben werden sollten. Die Sachen waren von russischen Kriegsgefangenen, die als Strednarbeiter tätig waren, in der Umgegend gestohlen worden. Die Gefangenen unternahm nachts regelmäßig Raubzüge, wobei die Teilnehmer durch ein Spiel Karten bestimmt wurden. Wer eine schwarze Karte zog, mußte mitmachen.

O Lederfischereien von München nach Berlin. Ein geheimes großes Lederlager wurde in München entdeckt und beschlagnahmt. Man ist damit einem langjährigen Lederfischwindel, der zwischen München und Berlin getrieben wurde, auf die Spur gekommen. Das beschlagnahmte Leder — 18½ Zentner — wurde in zwei Militärfrachtwagen weggeschafft.

O Ein auffehrender Prozess begann in Dresden gegen die früheren Geschäftsführer der Einkaufsgesellschaft Ostfischen und ihre Helfershelfer, die zu den übelsten Kriegsgewinnlern gehörten. Sie sollen zur Verteilung an die Bevölkerung große Mengen sehr minderwertiger Nahrungsmittel gekauft und verkauft und dabei riesenhafte Ubergewinne, in manchen Fällen bis 400 000 Mark, gemacht haben. Auch bedeutende Schmiergelder sollen gezahlt worden sein.

O Achtung! Fünfundzwanzigpfennigstücke! Es sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß nur noch bis zum 1. Januar 1919 Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten und Reichsschaffenscheinen umgetauscht werden.

O Regelung der Luftschiffahrt. Zur vorläufigen Regelung des Luftfahrverkehrs hat der Staatssekretär des Innern eine Verordnung erlassen, die bestimmt, daß lenkbare Luftfahrzeuge außerhalb der Flugplätze nur verkehren dürfen, wenn die Behörde sie zugelassen hat. Luftfahrzeuge müssen verkehrsfähig und so gebaut, eingerichtet und ausgerüstet sein, daß Feuers- und Explosionsgefahr sowie Belästigung von Personen und Gefährdung von Personen und Sachen nach Möglichkeit ausgeschlossen sind.